



Rund 300 Demonstranten gingen in Konstanz und Kreuzlingen auf den Friedensweg. Am Seerhein wandten sie sich gegen die Auswüchse des Finanzkapitalismus und gegen Versuche, die Wasserversorgung zu privatisieren. BILDER: RINDT

# Gegen Vampir-Kapitalismus

- Rund 300 Demonstranten auf dem Friedensweg
- Redner gegen Privatgeschäft mit Trinkwasser
- Teilnehmer stehen vor verschlossener Tür

VON CLAUDIA RINDT

**Konstanz/Kreuzlingen** – Rund 300 Aktivisten haben sich am Ostermontag auf einem mehrere Kilometer langen Friedensweg durch Konstanz und Kreuzlingen gegen den Casino- und Vampir-Kapitalismus gestellt. Sie forderten Verteilungsgerechtigkeit sowie Investitionen in Menschen statt in die Rüstung und wandten sich gegen den „Würgegriff“ der Privatisierung. Redner forderten eine Abkehr von Spekulationsgeschäften mit Nahrungsmitteln und sprachen sich gegen Privatisierungsversuche für die Versorgung mit Trinkwasser aus. Die Demonstranten kamen aus dem Bodenseeraum. Es beteiligten sich unter anderem Menschenrechts-, Kirchen- und Friedensgruppen, Parteien sowie Gewerkschaften. „Ohne Gerechtigkeit kein Frieden“, hieß es auf dem Transparent eines Aktivisten.

Die Demonstration begann vor einem verschlossenen Tor. Der Weg zur Karriereleiter, einem Kunstwerk von Peter Lenk, auf dem Gelände des Businessparks im Industriegebiet war den Demonstranten versperrt. „Der Friedensweg wird ausgeschlossen“, beklagte Helmut Luz von der Konstanzer Friedensinitiative. Üblicherweise stehe das Tor offen. Luz geht davon aus, dass die auf den Bau von Kommunikationssystemen fürs Militär spezialisierte Firma ATM, Mieter im Businesspark, sich für die Sperrung des Areals ausgesprochen



Jens Loewe sprach sich gegen Geschäftemacherei mit dem Trinkwasser aus.

habe. Die Tochter des Konzerns Krauss-Maffei Wegmann baut etwa Computer für die Leopard-Kampfpanzer.

Lilo Rademacher von der Industriegewerkschaft Metall in Friedrichshafen forderte den Umbau der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion. Er beklagte, in dem am Kredittropf hängenden Griechenland seien Löhne und Gehälter drastisch gekürzt worden, nicht aber die Rüstungsausgaben. Rademacher forderte den Stopp der „Todesspirale mit der Aufrüstung“.

Jens Loewe, Mitbegründer des Stuttgarter Wasserforums, wandte sich gegen den „Würgegriff der Privatisierung“. Dieser werde auf Ebene der Europäischen Union vorangetrieben – auch für die Versorgung mit Trinkwasser. Als zusätzliche Gefahr fürs Trinkwasser bezeichnete er das Fracking, also den Versuch, Erdgas zu fördern, indem Chemikalien in den Untergrund gepresst werden. Er nannte dies ein „kriminelles Vorgehen“. Er zählt es zu den Auswüchsen eines zunehmend

SÜDKURIER NR. 76 | MF  
DIENSTAG, 2. APRIL 2013

## Bettelarm und steinreich

Der Friedensweg durch Konstanz und Kreuzlingen wurde unterstützt von rund 50 Organisationen aus dem Bodenseeraum. Die Demonstration stand unter dem Titel „Bettelarm und steinreich. Weltweit und bei uns. So geht es nicht weiter“. Die Organisationsstränge liefen bei Helmut Luz von der Konstanzer Friedensinitiative zusammen. Die Demonstranten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wandten sich gegen die Auswüchse des Finanzkapitalismus, Geschäftemacherei mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln sowie gegen den Export von Waffen. (rin)

„brutalen“ Systemwettbewerbs um die höchsten Renditen. Bürger sollten dem entgegenreten. „Demokratie bedeutet, dass wir die Spielregeln machen.“ Bürger könnten beispielsweise für Bürgerhaushalte kämpfen.

Der Konstanzer Bürgermeister Claus Boldt (CDU) vertrat den Schirmherrn des Friedenswegs, Oberbürgermeister Uli Burchardt. Boldt ermunterte zum Einsatz für Verteilungsgerechtigkeit. Er beklagte, Kommunen würden durch Vorgaben zur europaweiten Ausschreibung daran gehindert, eigene Schwerpunkte zu setzen. So sei es etwa der Stadt Konstanz beim Schulessen nicht möglich gewesen, sich auf Anbieter von regionalen Produkten zu beschränken. „Diese Freiheit muss eine Kommune haben, ohne dass es wettbewerbsrechtliche Probleme gibt“, forderte er. Hans-Peter Koch von der Konstanzer Friedensinitiative stellte den Sinn des Konziljubiläums in Frage. Diese Millionen sollte die Stadt besser in den Wohnungsbau stecken, sagte er.